

Dringlichkeitsantrag zur Tümpelgartenschule

Linke fordert Stadtverordnetendebatte über Nein zur IGS

Hanau (ju). Die Umwandlung der Tümpelgartenschule in eine Integrierte Gesamtschule wird neben der Haushaltssatzung für die Jahre 2010/2011 und dem Sanierungsgebiet „New Argonner“ in Hanau-Wolfgang Gegenstand der Stadtverordnetensitzung am kommenden Montag, 22. März, sein.

Die Linksfraktion wird bei der um 17 Uhr im Elisabeth-Selbert-Saal beginnenden Sitzung einen Dringlichkeitsantrag einbringen. Darin wird das Hessische Kultusministerium aufgefordert, seine Ablehnung zu revidieren und der Tümpelgartenschule die Genehmigung zur Umwandlung in eine Integrierte Gesamtschule sofort zu erteilen. Nachdem vonseiten der Stadt und der Tümpelgartenschule alles unternommen worden war, die Unterlagen vollständig und frühzeitig einzureichen, hatte das Kultusministerium vergangene Woche seine Ablehnung mitgeteilt (der HA berichtete)

Gegen die Entscheidung, der Umwandlung der Tümpelgartenschule zum Schuljahr 2010/2011 nicht zuzustimmen und für das Schuljahr 2011/2012 den Antrag erneut prüfen, haben sich Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) und Stadtrat Ralf-Rainer Piesold (FDP) mit einem offenen Brief an Staatsministerin Dorothea Henzler (FDP) gewandt. Darin werfen sie der Ministerin vor, ihre Entscheidung auf falsche Tatsachen gestützt zu haben. Die

Integrierten Gesamtschulen des Kreises verfügten keineswegs über ausreichende Kapazitäten, um alle Bewerber aus Hanau aufzunehmen.

Die Linke wertet die Begründung aus dem Ministerium als „billige Ausrede, um die generelle politische Ablehnung von Integrierten Gesamtschulen zu verschleiern“. Schon heute sei die Nachfrage nach einer IGS größer als das Angebot. Dies sei zwar auch in Wiesbaden bekannt, jedoch werde dort weiterhin krampfhaft am alten Denken der frühen Auslese festgehalten. Daher solle sich die Stadtverordnetenversammlung für eine sofortige Genehmigung zur Umwandlung aussprechen, so die Partei.

„Die Annahme des Dringlichkeitsantrages wäre auch ein Zeichen an Schulleitung, Lehrkräften, Eltern und Schülern, dass der Wunsch nach einer weiteren Integrierten Gesamtschule auch weiterhin von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung unterstützt wird“, heißt es in der Pressemitteilung der Linken.

Weitere Themen der Stadtverordneten sind die Friedhofs-, Abwasser, und Kinderbetreuungsgebühren, die Haushaltssatzung der Stadt sowie die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe. Daneben geht es um die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets „New Argonner“, den Bebauungsplan „Am Reitweg“ und die Kurzparkfunktion am Schlossplatz.

HA. So., 20.03.2010